

# Südwest Presse: Am Islam liegt es nie



Elisabeth Zoll (Foto) ist Politikredakteurin bei der „Südwest Presse“ und jemand von der Sorte, die es einem leicht machen zu verstehen, warum die Deutschen sich blind vor Ergebenheit für die Nationalsozialisten begeisterten. Mit derselben unkritischen Verblendung relativieren sie schlimmste Verbrechen, die im Namen des Islam begangen werden und suchen die Schuld überall, nur nicht in der Religion.

Es können sich Selbstmordattentäter im Namen des Islam in die Luft sprengen, [Palästinenser Juden ermorden](#) oder Islamisten in Nigeria Christen abschlachten – der Islam ist für Elisabeth Zoll nie die Ursache, es ist immer etwas anderes. Selbst wenn Islamisten ihre Morde mit dem Islam begründen, findet sie die Schuld woanders. Die Devise lautet stets: Es kann nicht sein, was nicht sein darf.

Gleich zwei Beispiele ihres mitleidlosen Gutmenschentums, das infame Tatsachenverleugnung und ideologische Borniertheit zur Voraussetzung hat, lieferte Zoll nun wieder in der Südwest Presse. In einem Kommentar mit der Überschrift [„Instrumentalisierte Religion“](#) schiebt sie die Schuld für die Christenverfolgungen in Nigeria auf die Armut und die Politik:

*Diese Extremistengruppe hat sich in den vergangenen zwei Jahren zu Nutze gemacht, dass die Regierung in Abuja unfähig war, für Sicherheit im Land zu sorgen und extremistische Straftaten mit Härte zu verfolgen. Als Brandbeschleuniger der*

*jetzigen Eskalation sollen Fanatiker der Religionen dienen. Deshalb wird mit Anschlägen auf Kirchen Stimmung gemacht. Doch die Wurzeln der Gewalt im bevölkerungsreichsten Land Afrikas heißen Armut, Korruption und eine weitverbreitete Ignoranz der herrschenden Eliten für die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerung. Eine ganze Generation junger Menschen ist deshalb ohne Perspektive. Die Hoffnungslosigkeit lässt sie zum Werkzeug wütender Extremisten werden. Das bedeutet: Die Verantwortung für den Konflikt liegt bei der Politik.*

Verdrängt wird, dass die Terrorgruppe „Boko Haram“ sich ausdrücklich auf den Islam beruft, westliche Lebensformen ablehnt, sich als „nigerianische Taliban“ bezeichnet und einen Gottesstaat errichten will. Keinen Gedanken ist es Elisabeth Zoll wert, dass anderswo in der Welt auch Armut herrscht und diese Armen sich trotzdem nicht eine x-beliebige Glaubensgemeinschaft herausgreifen und deren Anhänger abschlachten. Unberücksichtigt bleibt, dass sowohl Bin Laden als auch die 9/11-Terroristen aus wohlhabenden Verhältnissen stammten und es eben nicht die Armut, sondern die Religion war, die sie zu ihren Taten anstiftete. Zoll erwähnt sogar, dass „Boko Haram“ von Saudi-Arabien finanziert wird. Für die Frage, warum ausgerechnet Saudi-Arabien, das nun gewiss nicht unter Armut leidet, den islamischen Terrorismus unterstützt, reicht es bei Elisabeth Zoll nicht. Der nigerianischen Politik vorzuwerfen, sie könne nicht für Sicherheit sorgen, ist ein solcher Ausbund an Schäbigkeit, dass man ausspucken möchte. Wo in der Welt kann die Politik für Sicherheit gegenüber solchen Terroristen sorgen?

Weiter berichtet Elisabeth Zoll in der üblichen Kuschel-Rhetorik [über eine Tagung](#) der für ihre unkritische Haltung zum Islam und ihre Israelfeindlichkeit bekannten „Evangelischen Akademie“ in Bad Boll:

*Die Realität ist nicht mehr zu leugnen: Knapp vier Millionen Muslime leben in Deutschland, rund die Hälfte davon mit*

*deutscher Staatsangehörigkeit, viele hierzulande geboren. Wer möchte ihnen absprechen, Teil dieser Gesellschaft zu sein – mit gleichen Rechten und Pflichten? Aus juristischer Sicht, so betonte der Erlanger Rechtswissenschaftler Mathias Rohe, sei die Sache klar: Der Rechtsstaat unterscheide nicht in „Wir“ und „die Muslime“. Er verlange von allen Bürgern Rechtstreue, nicht aber Staatsloyalität.*

Das sind natürlich ideale Voraussetzungen für Integration, wenn man von den Zuwanderern keine Loyalität zum Staat verlangt.

*Rohe räumte ein, dass für das neue Phänomen des Islam in Deutschland, manche Rechtsvorschriften neu interpretiert werden müssen, gegebenenfalls auch die Definition von Religionsgemeinschaften, um islamische Seelsorge in Haftanstalten zu ermöglichen oder Eheangelegenheiten von Migranten nach deutschem Recht behandeln zu können.*

Eine einzelne Gruppe von Zuwanderern kann nicht erwarten, dass man das deutsche Recht für sie ändert. Wer die Scharia einführen will, handelt grundgesetzwidrig. Der Bedarf an islamischer Seelsorge in Haftanstalten mag groß sein, aber das ist ganz sicher kein triftiger Grund, den Islam als Religionsgemeinschaft anzuerkennen.

*Wenn der Islam zu Deutschland gehört, so Yavuz Kazanc, der Landesvorsitzende islamischer Kulturzentren (VIKZ), dann gehörten auch „Frauen mit Kopftüchern zum öffentlichen Leben“, ebenso Moscheen. Auch die Kirchen müssen sich der neuen Realität stellen, sei es in ihren Kindergärten oder bei Mitarbeitern, die einen nicht-christlichen Ehepartner haben.*

Fordern, fordern, fordern... Aber nur weil es irgendein Politiker mal gesagt hat und ein paar Journalisten nicht mehr ganz bei Trost sind, gehört der Islam noch lange nicht zu

Deutschland. Wenn er sich reformiert, die Scharia abschafft und die universellen Menschenrechte anerkennt, kann man wieder darüber reden.